

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post
im Nachbarortverkehr 2 35 Pfl. in Württemberg
2,40 Pfl. vierteljährlich, dazu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg. von auswärts 15 Pfg. die
Zeitspalt oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Zeitspalt.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Jr. 87

Freitag, den 11. April 1919

36. Jahrgang.

Die Zukunft des deutschen Handels.

Auf Einladung der Hamburger Handelskammer hielt Reichswirtschaftsminister Wiffel vor einem großen Teil der Hamburger Kaufmannschaft einen Vortrag, in dem er den Gedanken über die zukünftige Gestaltung des deutschen Handels, insbesondere des deutschen Außenhandels, entwickelte. Wiffel führte u. a. aus: Die Vor-Deutschlands ist riesengroß. Der deutsche Außenhandel, gestützt auf einen starken Inlandmarkt, war ein beachtenswerter Faktor im Wirtschaftsleben. Jetzt ist Deutschland arm und arbeitslos. Wir brauchen für unsere Industrie Rohstoffe, um Werte zu schaffen, mit denen wir Werte ausführen können. Unsere Arbeitskraft ist unser höchstes wirtschaftliches Gut, das wir haben. Wenn unsere Gesamt-Arbeitskraft voll bestehen bleibt, werden wir später in der Lage sein, unsere Schulden im Ausland zu bezahlen und das, was uns von unseren Feinden noch auferlegt werden wird. Wir müssen wie früher ausländische Rohstoffe einführen und daraus hochwertige Fertigwaren für den Export schaffen. Wir müssen ferner mit eigenen Schiffen die Meere befahren können.

Aber es besteht die Gefahr, daß sich die Welt unsere Arbeitskraft unbar macht, was einer wirtschaftlichen Verflüchtigung unserer ganzen Völker gleich kommen würde. Es besteht die Gefahr, daß Deutsche im großen Umfang ihr Heimatland verlassen müssen, um in allen Teilen der Welt gebuddelt und ausgebeutet zu werden. Es besteht weiter die Gefahr, daß Deutschland zu dem größten Heimarbeiterdorf der Welt gemacht wird und ihm von anderen Ländern keine anderen Entwicklungsmöglichkeiten gelassen werden. Eine wirtschaftliche Verflüchtigung des deutschen Volks würde aber für die ganze Welt ein Unglück bedeuten.

Wie können nun diese Gefahren abgewendet werden? Wir dürfen hoffen, daß die feindliche Blockade mit dem Friedensschluß aufhört. Aber dieser Zustand wird einen Ueberfluß an Gütern zu bringen vermögen, wenn der Weltmarkt ihr Heimatland verlassen müssen, um in allen Teilen der Welt gebuddelt und ausgebeutet zu werden. Es besteht weiter die Gefahr, daß Deutschland zu dem größten Heimarbeiterdorf der Welt gemacht wird und ihm von anderen Ländern keine anderen Entwicklungsmöglichkeiten gelassen werden. Eine wirtschaftliche Verflüchtigung des deutschen Volks würde aber für die ganze Welt ein Unglück bedeuten.

Wie ist das zugegangen?

Erzählung nach einer wahren Anekdote von Charlotte Birch-Pfeiffer.

„Danke, Herr Baron, einen Dank begehre ich nicht. Dieser besondere Fall hat mich von allem Anfang an so interessiert, daß ich sofort beschloß, mich seiner anzunehmen, als ich gehört hatte, welches Malheur Ihnen passiert war.“

„Wirklich?“
„Wirklich, Herr Baron, das erleben Sie daraus, daß ich keinem meiner Unterbeamten die Erledigung dieser delikaten Angelegenheit übertragen habe.“

„Delikate Angelegenheit. Ich war so überzeugt, vor diesem Gelde nie wieder etwas zu sehen zu bekommen. Einziges, das hätte ich darauf schwören mögen. Wirklich? Sie haben das Unglaubliche möglich gemacht; Ihre Macht grenzt uns Wunderbare und ich möchte ich mir die Frage erlauben, wie das zugegangen ist, wie Sie wieder in Besitz des Geldes gelangt sind und mir dasselbe in meiner Brieftasche überreichen konnten?“

„Das möchte ich auch wissen,“ sagte der alte Baron von Salbern hinzu, der eben wieder näher getreten war und die letzten Worte seines Sohnes noch mit Gehör hatte.

Der Polizeipräsident lächelte erst boshaft dann sagt er:

„Es hat mich allerdings Mühe genug gekostet, ehe ich die Scheine in der Brieftasche wieder beisammen hatte. Sie ich vollständig leer fand — wenn Ihr Herr Sohn es wünscht, Herr Baron und Sie auch, mich einige Zeit anzuwähren wollen, dann will ich Ihnen sogleich erzählen, wie das zugegangen ist —“

„O, ich bitte sehr,“ fiel Viktor von Salbern lebhaft

die unbedingte Notwendigkeit, für die Wareneinfuhr eine Kontrolle einzuführen. Sie fordern allerdings den freien Handel, die Freigabe des Einfuhrhandels; aber die Regierung ist zunächst nicht in der Lage, den freien Handel schrankenlos wieder einzuführen, weil wir arm geworden sind und weil unsere Rohstoffe völlig erschöpft sind.

Wie wollen wir die dringend benötigten gewaltigen Einfuhrmengen bezahlen? Auf dem Wege über den Export können wir die Bezahlung dieser Rohstoffe nicht vornehmen. Daraus ergibt sich, daß für die Rohstoffe und Lebensmittel Kredite im Ausland beschafft werden müßten, und wenn wir von den Vereinigten Staaten keine Kredite bekommen, so ist die Wareneinfuhr in den benötigten Mengen nicht möglich. Die anderen Zahlungsmittel, nämlich die Auslandseffekten, die uns noch zur Verfügung stehen, spielen keine so große Rolle; denn ein großer Teil dieser Auslandseffekten ist schon während des Krieges zu einem großen Teil abgehoben worden. Die deutschen Guthaben, die jetzt noch unter amerikanischer Zwangsverwaltung sich befinden, dürfen nur im äußersten Notfall in Angriff genommen werden, wenn nicht unsere gesamte Volkswirtschaft auf das äußerste gefährdet werden soll.

Die finanziellen Schwierigkeiten werden für die erste Zeit nach dem Friedensschluß die Einfuhr nach Deutschland nur das äußerste Maß beschränken. Diese Beschränkung läßt sich aber nur durchführen, wenn unsere Einfuhr nach dem Friedensschluß der Kontrolle und Beeinflussung unterliegt.

Soweit Privatkredite im Ausland für die Beschaffung von Lebensmitteln zur Verfügung stehen, hat die Reichsregierung das allerhöchste Interesse daran, diese im vollen Umfang ausgenutzt zu sehen. In keiner Weise ist beabsichtigt, dem privaten Handel die Quantität dieser Kredite zu sperren. Aber diese privaten Kredite dürfen nicht für die Einfuhr solcher Waren in Anspruch genommen werden, für die kein dringendes Bedürfnis besteht. Unsere schlechte Valuta verteuert zudem die Einfuhr und erhöht auch die Produktionskosten für die Ausfuhr. Jede entbehrliche Wareneinfuhr hat die Gesundheit unserer Valuta auf und verteuert die Waren, die wir unbedingt gebrauchen. Auch das ist eine Ursache dafür, daß wir den ungebundenen Freihandel für die erste Zeit nach dem Kriege nicht einführen können.

Der ungebundene Einfuhrhandel bietet keine genügende Gewähr für die Verhütung überflüssiger und entbehrlicher Waren. Er läßt sich nur von dem Gesichtspunkte gewisser Verkehrsrichtungen leiten. Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich nach dem Kriege nahezu in bankrotttem Zustande, und je mehr Fertigfabrikate eingeführt werden, desto mehr Menschen müssen ausgeführt werden, weil wir die Arbeitsmöglichkeiten in eigenen Lande schwächen. Wir wollen die neue Wirtschaft von unten heraus organisieren. An die Stelle der bürokratischen Bevormundung soll die wirtschaftliche Selbstverwaltung kommen. Die geschaffenen Zentralstellen sind aus dem Not des Krieges heraus geboren; sie sollen aber zur Selbstverwaltung ausgebaut werden. Sie sollen die Entscheidungen über Einfuhr und Ausfuhranträge haben und zwar für alle Wirtschaftsgebiete. Es ist beabsichtigt, derartige Außenhandelsstellen für alle wichtigen Wirtschaftszweige zu schaffen, in der Weise, daß die vorhandenen Zentralstellen umgebaut und neue Stellen errichtet werden. Wir wollen zu einer pflichtgebundenen Wirtschaftsordnung kommen. Dann wird uns die Zwangs-Wirtschaft erspart bleiben. Alle Träger der wirtschaftlichen Kraft sollen die Führer der den Staat verkörpernden Gemeinwirtschaft sein.

Die finanzielle Schwierigkeiten werden für die erste Zeit nach dem Friedensschluß die Einfuhr nach Deutschland nur das äußerste Maß beschränken. Diese Beschränkung läßt sich aber nur durchführen, wenn unsere Einfuhr nach dem Friedensschluß der Kontrolle und Beeinflussung unterliegt.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 9. April.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 11.15 Uhr nachmittags.

Erste Beratung des Reichshaushalts für 1919.

Finanzminister Schiffer: Der Etat ist der erste Schritt zum Friedensschluß. Der wesentliche Teil des außerordentlichen Etats beruht auf Schätzungen. Die Ausgaben für Militär, Marine und Schutzgebiete müßten einwirken noch auf den außerordentlichen Etat übernommen werden. Der Summe der Schatzanweisungen ist seit dem 31. Januar 1919 von 83 auf 63,7 Milliarden gestiegen. Die Ausgaben für Heer und Marine, die im Januar noch 3,5 Milliarden betragen, sind im Februar auf 2,7 und im März auf 2 Milliarden zurückgegangen. Der Etat balanciert mit rund 13 Milliarden. Der Fehlbetrag beträgt nicht weniger als 7,5 Milliarden. Dabei ist dieser Etat nur ein Durchgangszustand zu noch schlimmeren Zuständen, denn in ihm sind noch nicht enthalten die Entschädigungen, die wir an den Verbündeten zahlen müssen und auch nicht die Lasten, die wir durch die von uns gewünschte Vereinigung mit Deutsch-Oesterreich auf uns nehmen müssen. Der allgemeine Pensionfonds ist mit 1,1 Milliarden veranschlagt. Wir werden aber zu einem Pensionfonds von 4,1 Milliarden kommen. Die Fehlbeträge der Kriegsjahre hat wir aus den Erträgen der Kriegsteuern gedeckt, ohgleich sie nicht dazu, sondern zur Abtragung der Kriegsschuld bestimmt sind. Die Steigerung der Ausgaben ist natürlich auch durch die allgemeine Wertminderung des Geldes veranlaßt. Eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes ist in Vorbereitung. Wir haben deshalb 1,6 Milliarden für Zulagen zum Gehalt eingelegt. Wir konnten diese Hilfe den Beamten und weniger

ein, welcher den Zusammenhang zu ahnen begann, „das wäre zu viel von mir von Ihnen verlangt, Herr Präsident. Lange genug haben Sie unser heutiges Vergnügen schon verschmitten müssen, wozu ich die alleinige Veranlassung war. Ersparen Sie mir den Vorwurf, daß ich noch länger Sie der heiteren Gesellschaft entziehe.“

„Sie haben recht, wozu nun noch lange Erklärungen, das Portefeuille ist nun einmal wieder da, wie und auf welche Weise ich es wieder fand, kann ich Ihnen ja zu gelegentlicher Zeit einmal erzählen; für jetzt sei die Sache begraben.“

„Was meinen Sie, Herr Präsident,“ sagte der alte Baron von Salbern leise, indem er den Polizeipräsidenten bei Seite nahm, „soll ich den Leichfuß nicht je eher, je tiefer in die Ehefesseln legen, damit Sie nicht wieder solche Arbeit mit ihm bekommen, wie heute, die sicher nicht leicht war?“

„Das würde ich Ihnen auf jeden Fall raten, Herr Baron,“ entgegnete der Befragte rasch.

Einige Zeit darauf durchstieß abermals eine interessante Neuigkeit den Ballsaal des Orloffschen Palais, dieses Mal aber weit Aufsehenerregender, als das Verlorengehen von 50 000 Rubel — es war die Verlobung der Gräfin Alexandrine Orloff mit dem Baron Viktor von Salbern, die bekannt gegeben wurde.

Aus den Augen des Bräutigams glänzte die reine Wonne, als er neben seiner Braut stehend, die Gratulationen entgegennahm. Es war wie eine Fentnerlast von ihm genommen, denn er hatte wirklich nicht geglaubt, daß der heutige Abend noch zu seinem Glück ausgehen werde, und er zum Schluß sich noch so glücklich fühlen würde.

Als sich die anderen alle wieder von dem Brautpaar zurückgezogen hatten, da näherte sich noch als einer der Begleitenden der Polizeipräsident, als Gratulant. Wieder gab

es Viktor von Salbern einen Stich durch das Herz, als jetzt seine Braut ihre weiße Hand leicht auf den Arm des Präsidenten legte und blühtend sagte:

„Ich habe vorher von Herrn Oberst von Grubenikow gehört, daß es mit dem Wiederfinden der verlorenen Brieftasche meines Bräutigams eine so eigene Bewandnis habe. Mir können Sie aber doch erzählen, wie das zugegangen ist, damit, Herr Präsident?“

Der Polizeipräsident aber schüttelte mißbilligend den Kopf.

„Der alberne Schwäger; es ist ganz richtig zugegangen. Aber Geduld, meine Gnädigste, in einiger Zeit will ich Ihnen den Hergang erzählen, denn der heutige Abend ist nicht mehr zum Erzählen geeignet.“

„Warum nicht, Herr Präsident; es ist doch sehr interessant, wenn jemand eine Brieftasche mit 50 000 Rubel verliert und der Polizeipräsident von Petersburg selbst schafft sie herbei, zumal der Verlierer mein heutiger Bräutigam war.“

„Mag sein, aber ein andermal mehr davon und dann werde ich Sie vielleicht auch schon bitten können, daß Sie etwas über Ihren Gatten wachen, daß er nicht wieder eine Brieftasche mit einem solchen Vermögen verliert, denn die Umstände möchten sich nicht immer so glücklich gestalten, daß ich der Finder bin.“

„Seien Sie ohne Sorge, Herr Präsident,“ wandte jetzt Viktor von Salbern ein, „so leicht verliere ich meine Brieftasche nicht wieder, der heutige Fall wird von mir so leicht nicht wieder vergessen werden.“

„Aber wie es nun einmal ist, besonders bei Frauen, wenn einmal der Verdacht rege geworden ist, so auch bei Alexandrine Orloff, die die so zweideutigen Worte des Polizeipräsidenten doch nicht ganz vergessen konnte und als es der Zufall wollte, daß sie mit dem Oberst von Grubenikow zusammentraf, da fragte sie ihn rasch, ob er näheres von dem Fall wisse, wie es mit der Brieftasche zugegangen ist.“

Roske über die Vage.

Berlin, 10. April. Einem Mitarbeiter des „V. L.“ gegenüber, der den Reichswehrminister Roske über die Lage in Berlin und im Reich befragte, äußerte Roske: Wir hatten Grund zu der Annahme, daß sparteikistische Umtriebe jetzt in Berlin einsetzen. Daher unsere Vorsichtsmaßregeln, die glücklicherweise sich als überflüssig erwießen. Die militärische Leitung ist auf alle Möglichkeiten vorbereitet. In Magdeburg verläuft alles programmäßig. Die Stadt ist vollkommen in unserem Besitz. In Bayern werden sich, wenn mein Freund Hoffmann sich nur noch kurze Zeit hält, die Verhältnisse zugunsten der rechtmäßigen Regierung besetzen. Ein früher Kommandeur des Münchener Leibregiments, ist ein hervorragender Offizier. Wenn es nicht anders geht, wird München genau so mit Waffengewalt zur Ordnung zurückgeführt werden müssen, wie das in Bremen, Düsseldorf usw. geschehen ist. Ehe unser Vaterland in den Abgrund gestürzt wird, muß lieber auf kräftigste zugegriffen werden. Das Blut kommt über die kommunistischen Tölpelhäuler. Im Ruhrrevier liegen die Verhältnisse weitestgehend günstiger, als die Sensationspresse verbreitet. — Auf die Frage, wie er sich zu den neuesten Anträgen wegen Einrichtung eines Reichs-Soldatenrates stelle, der dem Reichswehrminister gleichberechtigt zur Seite gestellt werden sollte, antwortete Roske: „Der Rätekongreß kann Wünsche äußern, die der Nationalversammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten sind. Wenn aber der Reichs-Soldatenrat Tatsache werden sollte, gehe ich. Ohne einheitliche Leitung, ohne Disziplin ist nichts Vernünftiges anzustellen.“

Scheidemann über die Parteien.

Berlin, 10. April. Ministerpräsident Scheidemann äußerte sich gegenüber einer Abordnung des Kasseler A- und S.-Klubs über das Zusammenarbeiten der Mehrheitsparteien in der Nationalversammlung: Die Demokraten machen in sozialen Fragen mehr Schwierigkeiten als das Zentrum. Die Demokraten sind zum größten Teil Wandhäftler. Jedem vernünftigen Parteigenossen muß einleuchten, daß es zweckmäßig ist, die Verantwortung für den Frieden den bürgerlichen Parteien mit aufzubürden. Ich persönlich will keinen Hindernisgrund abgeben für die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien, wenn die Massen des Volks es verlangten, daß ich von meinem Posten scheide. Das Feld aber einer Hand voll Streiker zu räumen, dazu habe ich keine Veranlassung. Die Unabhängigen treiben eine Politik, die die Mehrheitssozialdemokraten unter keinen Umständen mitmachen könnten.

Streik und Valuta.

Berlin, 10. April. Der „Vorwärts“ schreibt: Infolge der Streikunruhen sinkt der Wert des deutschen Gelds im Ausland von Stunde zu Stunde. In Dänemark haben 112 Mark deutschen Geldes nur noch den Wert von 33,25 Kronen. In der Schweiz, wo vor wenigen Tagen noch für 80 Franken 197,50 Mark bezahlt worden sind, muß man heute für diesen Betrag bereits 234 Mark bezahlen, d. h. das deutsche Geld ist auf rund 25 Prozent seines Wertes gesunken. In diesen Streiktagen beträgt der Kursverlust auf 80 Mark 33,50 Mark. Gemessen an dem Stand unseres Geldes in der Schweiz haben wir also durch die fürchterliche Beunruhigung unserer Wirtschaft, durch das Generalkriegsieber, in das unsere Arbeiterschaft jeden Tag von neuem gekehrt wird, in wenigen Tagen 15 912 750 000 Mark verloren.

Von der Münchener Räterepublik.

München, 10. April. Zum Volkskommissar für das Militärwesen ist Reichshardt ernannt worden, da die Verhandlungen mit Levidin sich zerklüften. Reichshardt wird sofort eine freiwillige Rote Armee aus revolutionären Arbeitern und Arbeitslosen bilden auf Grund der bestehenden Formationen. Jeder Freiwillige erhält 6 Mk. Taggeld, 1 Mk. Frequentage, Verpflegung, Unterkunft und Kleidung; Verheiratete erhalten 5 Mk. Zulage für Verpflegung und Unterkunft, sowie für München eine Teuerungszulage von 2,50 Mk. täglich.

Der gegenwärtige Volkskommissar der Münchener Räterepublik, Dr. Franz Lipp, ist ein Schwabe. Er gab früher in Heilbronn eine Zeitung heraus und war einige Zeit Redakteur am „Deobacher“ in Stuttgart. Nach der „Frank. Tagespost“ war er bereits zweimal wegen Großverwahns in einer Irrenheilanstalt.

Gegen die Räterepublik.

München, 10. April. In Ingolstadt haben die bürgerlichen Parteien, die gewerblichen Vereinigungen und die Metzgereivereinigung das Volk gegen die Münchener Räterepublik aufgerufen und fordern den Anschluß an Franken. Der Abwehrstreik wurde verhängt. Eisenbahn und Telegraphen ruhen. Der Bürgerkrieg hat sich die Garnison mit 15 000 Mann unter General Heine mann zur Verfügung gestellt. Ein kommunistischer Aufsch auf das Garnisonkommando wurde abgewiesen, wobei es mehrere Verwundete gab.

Würzburg, 10. April. Nach einem Zusammenbruch des Generalkommandos des 2. A.-K. in Würzburg fest in den Händen der Regierungstruppen. Die Residenz wurde gestern nachmittags 1 Uhr von den Regierungstruppen gestürmt, der Bahnhof nach Kampf genommen. Die Haupttrübschreiber der Spartakisten sind verhaftet.

Würzburg, 10. April. Der Bürger- und Beamtenstreik gegen die Räterepublik hat gestern begonnen. Der Eisenbahnverkehr Würzburg—Ausbach—Gangenhäuser ruht.

Bamberg, 10. April. Die bay. Regierung hat Flugzeuge nach München u. Augsburg abgefliegen, durch welche Hunderttausende von Flugblättern, die einen Aufruf der Regierung enthalten, verbreitet werden.

In ganz Nordbayern ist der telegraphische und Telefon-Verkehr eingestellt. Es werden nur militärische und Dienstgespräche ausgeführt, was auf militärische Vorbereitungen der bayerischen Regierung schließen läßt.

Die bayerische Regierung trifft Vorbereitungen für

Zwangsmassnahmen gegen die Münchener Empörung. In den nordbayerischen Garnisonen werden Truppen zusammengezogen. Der Kettensenausschuß des bayerischen Landtags tritt am Montag in Bamberg zusammen.

Der Protest der Bayern.

München, 10. April. Der bayerische Zentrumsabgeordnete Dr. Georg Heim veröffentlicht einen Aufruf, in dem er im Namen von 4 Millionen Bayern gegen den Eingriff der neuen Räterepublik in den Betrieb der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Darlehensklassen Einspruch erhebt. Die Leute, die jetzt in München als Minister auftreten, seien gar keine Bayern. Man werde nicht dulden, daß das vorbildliche landwirtschaftliche Genossenschaftswesen Bayerns der Willkür landstremder verständnisloser Leute zum Opfer falle.

Der Generalkrieg.

Magdeburg, 10. April. General Märker ist gestern mit seinen Truppen eingedrückt. Die Spartakisten machten nachts einen Angriff auf die Festung und auf das Geschäftshaus der „Freien Volksstimme“, wurden aber abgeschlagen. General Märker ernannte den Gewerkschaftssekretär Krüger zum Polizeipräsidenten und verfügte die Auflösung des Wachregiments, das sich an den letzten Münchenern beteiligt hatte. Zahlreiche Personen, namentlich Matrosen, wurden verhaftet. Es wurde eine Einwohnerwehr gebildet. Der Belagerungszustand ist verhängt.

General Märker hat den Soldatenrat aufgelöst. Die Arbeit wurde heute allgemein wieder aufgenommen, dagegen haben die Mannschaften des aufgelösten Wachregiments das städtische Lebensmittellager geplündert, so daß die Verteilung an die Bevölkerung unmöglich geworden ist.

Berlin, 10. April. Obgleich von 4650 Beamten der Deutschen Bank 2426 sich gegen den Streik erklärt hatten, mußte die Bank heute den Betrieb schließen, weil die Streikenden den Arbeitswilligen den Zutritt zur Bank verwehrten.

Ludwigshafen, 10. April. Die kaufmännischen Angestellten der Badischen Anilin- und Sodafabrik sind gestern wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen in den Ausstand getreten. Die Angestellten von drei weiteren chemischen Fabriken sind daraufhin in den Streik getreten.

Düsseldorf, 10. April. Neben den politischen Forderungen verlangen die Streikenden einen Mindestlohn von 3,50 Mk. für gelernte und 3 Mk. für ungelernete Arbeiter.

Düsseldorf, 10. April. Die Unruhen setzten sich gestern abend in verstärkter Weise fort. Vor dem Volkshaus wurden zwei Handgranaten auf einen Kraftwagen der Regierungstruppen geworfen, wobei zwei Soldaten den Tod fanden. Ein Offizier wurde überfallen und in bestialischer Weise ermordet. Einzelne Soldaten wurden ihrer Uniform und ihrer Stiefel beraubt. 10 Personen sind tot, viele verwundet.

Düsseldorf, 10. April. Die belgische Abteilung, die in Düsseldorf das Leben der Lebensmittelversorgung überwacht, hat bekannt gegeben, daß an die ausländischen Arbeiter keine Lebensmittel verteilt werden.

Danzig, 10. April. Infolge des Beschlusses der Unabhängigen haben die Arbeiter der Reichswerke, der Sicherheitswerke, der Artilleriewerkstätte und der Gewerkschaft die Arbeit niedergelegt.

Der kommandierende General des 17. Armeekorps hat zur Sicherung des Nachschubverkehrs zu den Grenzsicherungstruppen den Danziger Bahnbetrieb militärisch befehlen lassen.

Bremen, 10. April. In der zweiten Sitzung der bremischen Landesversammlung beantragten die Kommunisten die Aufhebung des Belagerungszustands und die Entferrnung der Regierungstruppen aus dem Bürgergebäude. Nach erregter Aussprache vertiefen die Kommunisten und die Unabhängigen die Sitzung, worauf jene Anträge abgelehnt wurden. — Der für gestern angelegte Generalkrieg ist wegen der ablehnenden Haltung der Eisenbahner nicht eingetreten; er soll anfangs nächster Woche eingeleitet werden.

Siebenstündige Arbeitszeit für die Grubenarbeiter.

Offen, 10. April. Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer fand gestern eine Beratung von Vertretern der Grubenbesitzer und der Grubenarbeiterverbände über die von den streikenden Arbeitern des Ruhrgebietes geforderte Einführung des sechsständigen Arbeitstags für alle unter Tage Arbeitenden statt. Die Konferenz kam nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis, daß im Interesse der Volkswirtschaft die sechsständige Arbeitszeit bislang unmöglich sei, doch erklärten sich die Vertreter des Grubenverbandes bereit, angesichts der schlechten Ernährungsverhältnisse die Arbeitszeit für die Grubenarbeiter unter Tag auf 7 Stunden herabzusetzen, einschließlich Ein- und Ausfahrtszeit, wodurch die deutschen Grubenarbeiter besser gestellt sind, als die englischen. Ein Ausschuß soll die Frage präzisieren, ob eine weitere Herabsetzung ohne Schädigung der Volkswirtschaft und des Wettbewerbs der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt möglich ist. Für die über Tag Arbeitenden bleibt die achtstündige Arbeitszeit bestehen.

Streik der Landwirte.

Darmstadt, 10. April. In der hessischen Volkstammer teilte heute Ministerpräsident Ulrich mit, daß die Landwirte im Kreise Bensheim in den Ausstand getreten seien und daß gestern zu dem angelegten Viehauftrieb nicht ein einziges Stück aufgetrieben worden sei. In Arbeiterkreisen herrsche große Erregung gegen die Landwirte und es seien Gewaltmaßnahmen zu befürchten. Angeblich soll sich der Streik gegen den Viehhandelsverband richten.

Enteignung des Grundbesitzes der Fürstenthümer.

Sera, 10. April. Der Vollzugsrat des Volksstaats Neuh hat einen Antrag der Unabhängigen angenommen, der die Einzelstaaten reichsgesetzlich ermächtigen soll, Eingriffe in den Privatbesitz der Fürstenthümer an Grund

besitz, als wie gerade in dem tüchtigen und unbefangenen arbeitenden und genügsamen deutschen Beamtentum ein köstliches Erbe aus der Vergangenheit haben. (Wohlfühlige Zustimmung.) Es erhebt sich die Frage, wie wir bei einem Anhalten der Preissteigerungen die berechtigten Wünsche der Beamten befriedigen können, ohne in Widerspruch mit unseren Finanzen zu kommen. Da gibt es nur ein Mittel: die Herabsetzung der Zahl der Beamten und Behörden. Auf der anderen Seite wird es die Sozialisierung mit sich bringen, daß wir die Zahl der Beamten erheblich vermehren müssen.

Die Gefahr einer Bürokratisierung droht vielleicht auf dem Gebiete der Presse. Wir haben im Anwandlung zwei Vollen für den Pressedienst eingesetzt. Aber das Uebermaß an Presseorganisation, an dem wir gegenwärtig in der Verwaltung leiden, muß freilich auch abgebaut werden. Wenn aus Reichsmitteln Propaganda für einzelne Parteien getrieben wird, so muß ich das namens der ganzen Regierung als durchaus tadelnswert bezeichnen. Gegen solche Mißbräuche wird mit Entschiedenheit vorgegangen. Im Mittelpunkt des Etats stehen die Steuern, die mit einem Gesamttrag von 7 Milliarden angesetzt sind. Unser Volk wird die Steuerlast tragen können, wenn sie mit einer Senkung der Preise verknüpft ist. Wenn diese Senkung nicht erfolgt, so wird allerdings die Finanzierung des Reichs nicht auf die Dauer möglich sein. Die Preise können aber nur gesenkt werden, wenn wir mehr Güter erzeugen. Wir müssen arbeiten; wir müssen von dem organisierten Wohlstand der Gegenwart ablassen. Auch dann wird das Werk der Ordnung unserer Finanzen noch ungeheuer schwer sein. Alle Kräfte müssen zu diesem Zweck zusammenstehen.

Das Haus verläßt die Väterberatung am Donnerstag vor-mittag 10.30 Uhr. Schluß 5 Uhr.

Weimar 10. April.

Fortsetzung der ersten Lesung des Reichshaushalts.

Ministerpräsident Scheidemann: Das wichtigste außenpolitische Ereignis seit der Verlegung des Hauzes war die Abschluß der Verhandlungen über den geplanten Durchmarsch der polnischen Armee durch Donsia. Dabei ist es gelungen, unsere Gegner von einem Plan abzubringen, der eine deutsche Provinz schwer gefährdet hätte. Diese Verhandlungen haben aber gleichzeitig die willkommene Gelegenheit geboten, die Richtlinien hervorzuheben zu lassen, nach denen die Regierung die auswärtige Politik zu führen beabsichtigt: 1. Treue zum Vertrag soll das Kennzeichen des neuen Deutschland sein. Daneben steht 2. Treue zu uns selbst. Es ist ein Gebot der Ehrlichkeit, wenn wir nur solche Verpflichtungen übernehmen, die mit unseren Lebensinteressen in Einklang gebracht werden können. Und 3. Treue gegen die Allgemeinheit. Wir wollen eine gleichmäßige Annäherung an alle Völker; keine einseitige Verteilung der Welt in Bündnisse und Gruppen. Wir wollen gern dem russischen Volk die Bruderhand reichen, wenn es auf die gewaltsame Propaganda des Bolschewismus verzichtet.

Wenn wir in Bezug auf Elsass-Lothringen auf eine Volksabstimmung drängen, so tun wir es nicht in der stillen Hoffnung, einen Punkt des Wilsonprogramms zu entdecken, sondern um für alle Zukunft Neuansehensgedanken oder neue Entschuldigungsgründe wegen Vergeßlichkeit aus dem Wege zu räumen.

Wir leiden schwer unter der noch immer andauernden Zurückhaltung unserer Brüder und Söhne in Kriegsgefangenschaft.

Ich glaube, daß die zukünftige Stärke eines jeden Volkes nicht in der erhöhten Möglichkeit beruhen wird, anderen Völkern Gewalt anzutun, sondern in der Anziehungskraft der bürgerlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. Bis dieser Glau-ben Gemeingut aller Staatswesen geworden ist, wollen wir doppelt über die Unmöglichkeit unseres nationalen Staatswesens wachen. Deutschland muß wenigstens den Trost haben, einen Sieg errungen zu haben, den Sieg über den Imperialismus.

Die Gefahr für den Erfolg unserer auswärtigen Politik kommt nicht so sehr von jenseits der Grenze, als vielmehr aus unserem Volk selbst und den unaussprechlichen Erschütterungen unseres Landes. In einer Zeit, in der endlich für unser durch Unterernährung und Entkräftung gequältes Volk eine Erleichterung winkt, rufen Hunderttausende von Händen, die allein durch ihre Arbeit die Zahlungsmittel schaffen können, ohne die wir kein Pfund Mehl und kein Pfund Speck für unsere Frauen und Kinder bekommen.

Wir wenden uns gegen die Räterepublik nicht nur aus Gründen der Weltanschauung, nicht bloß aus humanitären Gründen, weil wir in ihr die Zerstörung des letzten Restes staatlichen Zusammenhalts sehen, sondern wir wenden uns gegen sie, weil wir den Frieden wollen.

Wir brauchen das große Weltbündnis eines Völkerbunds, in dem gleichberechtigte Völker sich frei entwickeln können, ohne die alten Fesseln der Rüstungen und ohne die neuen Lasten bolschewistischer Bürgerkriege.

Ich rufe dem deutschen Volk zu: Wacht auf, steht um Euch! Erkennet den Abgrund, der sich vor Euch und unter aller Zukunft auflutet! Hier darf es keinen Parteienunterschied geben. Einig sein in der Abwehr der Räterepublik heißt, sich zusammenfinden in der großen, das ganze Volk zusammenschließenden Partei, deren einziger Programmsatz lautet muß: Erst und vor allem Frieden! Die Verhandlungen des in Berlin tagenden Rätekon-gresses begleiten wir mit Interesse und mit den besten Wünschen. Möge er sich klar darüber sein, daß man geistige Bewegungen nur mit geistigen Waffen bekämpfen kann.

Hg. Dr. Pfeiffer (3.): In diesem Augenblick drängt es uns, einen Appell an das Weltgewissen zu richten. Wir stehen am Ende des fürchterlichsten Kriegs der Weltgeschichte und erst eine spätere Zeit wird erkennen, was in diesem Kriege von unserem Volke an Tapferkeit, Seelengröße, Selbstguth und Aufopferung der ganzen Persönlichkeit geleistet worden ist. Wir erheben im gegenwärtigen Augenblicke vornehm unsere Stimme und ich spreche im Namen der ganzen Nationalversammlung, wenn ich diesem Schmerzensschrei eines bis zum Neuesten gequälten Volkes Ausdruck gebe. Für den Frieden erheben wir drei Forderungen, ohne die es eine Einigung nicht geben kann: 1. Räumung des besetzten Gebiets sofort bei Friedensschluß; 2. Rückgabe unserer Gefangenen und 3. Aufhebung der Blockade. (Stimm. Beifall.)

Wir verlangen die Unantastbarkeit unserer deutschen Gebiete, wenn der Völkerverbund zustande kommt, so muß Deutschland als vollberechtigtes Mitglied in ihn aufgenommen werden, und zwar ohne „moralische Probezeit“. In den Kreisen der Schiedsrichter soll auch der Papst einbezogen werden. Es ist tief bedauerlich, daß es in Deutschland Männer gibt, die glauben, uns die Schuld am Kriege aufbürden zu sollen. Wenn der Friede nicht aus dem Geist der Gerechtigkeit und der Versöhnung geboren wird, so wird er seinen Zweck nicht erfüllen. Will man uns die Feder zur Unterzeichnung eines Gewaltfriedens in die von Hunger und Entbehrung entkräftete Faust drücken, dann kann es sein, daß diese Faust nicht unterschreibt, sondern zum letzten Widerstand sich zusammenschließt. (Stürmischer Beifall.) Dann kann es sein, daß der Zustand des „Weltbolschewismus“ eintritt. Die Tatsache, daß der Bolschewismus in Bayern Fuß gefaßt hat, ist nicht nur eine Angelegenheit, die Bayern allein angeht. Der Regierungsvorschlag zur Einsetzung des Räteassens in die Verfassung ist eine notwendige soziale Forderung. Der Arbeiter darf nicht bloßes Objekt im Wirtschaftsleben sein, sondern er muß Subjekt werden. Das Räteassens ist ein Mittel zur Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Neues vom Tage.

Aus dem Verfassungsausschuß.

Weimar, 10. April. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung nahm einen Antrag Ablass (Zem.) an, daß in den nächsten 15 Jahren Mitglieder der im Jahre 1918 in deutschen Ländern herrschenden landesverlichen Familien nicht zu Reichspräsidenten gewählt werden können.

und Boden und dessen Ueberführung in den allgemeinen Besitz ohne Entschädigung vorzunehmen.

Oberschlesien neutralisiert?

Basel, 10. April. Die „Basler Nachr.“ melden, Oberschlesien sei auf Anordnung des Pariser Obersten Rats als neutrales unabhängiges Gebiet erklärt worden.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 10. April. (Havas.) „Echo de Paris“ schreibt, daß der Gedanke, einem internationalen Obergerichtshof die Untersuchung über die verantwortlichen Urheber des Krieges anzuvertrauen, aufgegeben wurde. Bezüglich der Verantwortlichkeit der deutschen Militär- und Zivilbeamten, die das Völkerverbrechen verübt hätten, scheint es wahrscheinlich, daß der französisch-englische Standpunkt, der Strafen vorsehe, das Uebergewicht über den amerikanischen Standpunkt gewinne, der nur eine moralische Verantwortlichkeit nachgewiesen wissen wolle.

Paris, 10. April. (Havas.) Es ist möglich, daß man von der Eröffnung einer Umfrage über den Ursprung des Krieges absehen wird, und ebenso auch von der Art des Vorgehens, da diese von Seiten einiger deutscher Delegierten „gewisse Einwendungen“ hervorrief. (Aha! T. Schr.) Dagegen werden die im Verlauf des Krieges begangenen Verbrechen gerichtliche Ahndung finden, und es wäre nicht ausgeschlossen, daß die Auslieferung Wilhelm II. verlangt wird. Infolge der unsicheren Lage in Osteuropa und der inneren Krisis in Deutschland besteht bei einigen alliierten Regierungen die Neigung, einen Vorschlag zu machen, der dahin geht, daß sich die Entente-Mächte und die Vereinigten Staaten während der nötigen Zeit verbinden und ihre gemeinsamen und die Interessen der gesamten Zivilisation wahren.

Paris, 10. April. (Havas.) „Eclair“ versichert, daß die Leitung der alliierten Truppen in Mitteleuropa dem französischen General Humbert übertragen wurde.

Die Südslaven streiken.

Paris, 10. April. Das Südslav. Pressebureau verbreitet aus Belgrad, die Südslaven lehnen die von der Entente geforderte Teilnahme an einem militärischen Vorgehen gegen Ungarn ab, weil die Entente den südslavischen Staat noch nicht anerkannt und seine berechtigten Ansprüche nicht erfüllt habe, ihn vielmehr wie Feindland besetzt halte.

Das angebliche Friedensangebot Lenins.

London, 10. April. Auf eine Anfrage erklärte Staatssekretär Schorff im Unterhaus, Großbritannien sei bereit, mit einer rechtmäßigen Regierung Russlands zu verhandeln, aber nicht mit einer Horde blutdürstiger Mörder. In England befinden sich bolschewistische Agenten, die schwer zu fassen seien, die aber streng überwacht werden. Er werde Lloyd George die einmütige Ansicht des Unterhauses mitteilen, mit Lenin nicht zu verhandeln. Staatssekretär Harnsworth erklärte, amtlich sei von einem Angebot Lenins nichts bekannt. Nach einer Ansicht sei das Gerücht deutsche Mache.

Neue Unruhen in Mexiko.

London, 10. April. Laut „Daily Telegraph“ hat der mexikanische General Aurelio Blanquet im Verein mit General Diaz 15 von den 27 mexikanischen Staaten, dabei den Hafen Nautla bei Veracruz, besetzt. Sie wollen die Regierung Carranzas stürzen.

Unruhen in Korea.

London, 10. April. Reuters meldet, daß 6 japanische Bataillone zur Unterdrückung der Unruhen in Korea abgeandt worden seien.

München, 10. April. Der Vorsitzende des Landbauernrats weist mit, daß die Bauernschaften in wilden Sozialisierungspläne nicht mitmachen. Der Bauer müßte heute ingestört arbeiten können. Wären die Bedingungen des Bauernrats nicht erfüllt, so wete dieser aus der Regierung aus. — Sämtliche in Bayern befindlichen Kriegsgefangene werden laut Beschluß des Zentralrats sofort in Freiheit gesetzt.

(-) **Karlruhe, 10. April.** Der Haushaltsausschuß der bad. Nationalversammlung hat die 14827400 Mk. betragenden Anforderungen der Eisenbahnverwaltung genehmigt. Dabei wurden durchweg erhebliche Ueberschreitungen der Voranschläge festgestellt. Der Ausschuß ersuchte daher die Regierung, in einzelnen Fällen weitere Angebote von Privatunternehmern einzuholen, um etwaigen Ueberschreitungen zu begegnen.

(-) **Karlruhe, 10. April.** Im Hinblick auf das Ueberhandnehmen des Schleichhandels mit Vieh und der Geheimtöchlungen hat sich das Ministerium des Innern entschlossen, eine fortlaufende Untersuchung der einzelnen Viehbestände durch die Einführung von Viehbestandsverzeichnissen einzurichten, wobei aber die Kontrolle über die Bestandsveränderungen nicht aufgrund der Anzeigenerstattung der Viehbesitzer, sondern durch Vornahme regelmäßiger Nachschauern im Stalle selbst erfolgen soll.

(-) **Karlruhe, 10. April.** Der Fahndungsabteilung des bad. Kriegsunteramts wurden in der zweiten Hälfte des Monats März 800 Meldungen über Lebensmittelsmuggel und Kettenhandel erstattet; in 732 Fällen wurden unberechtigt erworbene Lebensmittel beschlagnahmt. Unter den Beschlagnahmungen sind besonders bemerkenswerd: je ein Fall mit 74 Ztr. Hülsenfrüchten, 200 Ztr. Schokolade, 100 Ztr. Dörrbohnen, 500 Ztr. Kartoffeln, 300 Ztr. Kartoffeln, eine Kiste Vanille, 900 Liter Wein usw.

(-) **Karlruhe, 10. April.** Das Schwurgericht verurteilte den früheren Eisenbahnassistenten Alb. Schott, aus Effenburg wegen Raubmordversuchs zu 8 Jahren Zuchthaus. Schott hatte am 17. Jan. ds. J. versucht, die Kasse des Eisenbahnpar- und Taxienkastens in Karlruhe zu berauben. In dem betreffenden Kastenraum war ein Beamter anwesend, den Schott mit einem Hammer niederschlug.

(-) **Pforzheim, 10. April.** Die Neuerkrankungen an Typhus betragen am Montag 7 Fälle. Sterbefälle waren 12 zu verzeichnen, sodaß nunmehr 179 Personen von der Krankheit weggerafft worden sind.

(-) **Ettlingen, 10. April.** Der Bauernverein hat laut „Landmann“ eine Milchpreiserhöhung auf 65 Fig. pro Liter beschlossen.

(-) **Uelshausen b. Effenburg, 10. April.** Wie erinnert, hatten sich vor einigen Wochen die hiesigen Landwirte geweigert, an den Kommunalverband zum gesetzlichen Höchstpreis Kartoffeln zu liefern. Jetzt haben die Landwirte ihren Beschluß rückgängig gemacht und werden die Lieferungen doch ausführen.

(-) **Zaubersbach, 10. April.** In einer Bauernvereinsversammlung wurde der Antrag angenommen, die Stadtgemeinde möge die ungefähr 36 Hektar umfassenden Weiden des Fürsten von Leiningen erwerben und an die Landwirte veräußern.

Widerstand. In Biberach, W. Heilbronn, wurde in voriger Woche ein Beamter der Schutzpolizei, als er eine Untersuchung wegen Verletzungen gegen die Vorarbeiten der Lebensmittelversorgung vornehmen wollte, von den Bauern angegriffen und mißhandelt. Ebenso erging es einer aus Heilbronn telephonisch herbeigerufenen Patrouille der Sicherheitskompanie. Als dann eine größere Abteilung Soldaten mit Kraftwagen erschien, läuteten die Bauern Sturm und es wurden auf die Mannschaften Schüsse abgegeben. Letzten Dienstag fanden nun auf dem Rathaus im Anwesenheit des Oberregimentsarzts, des Kommandanten des Elben und des Kommandeurs der Kompanie Verhandlungen statt, wobei die bürgerlichen Kollegen von Biberach schriftlich ihr Bedauern ausdrücken mußten. Die Waffen mußten abgegeben werden. Der Vorfall ist der Staatsanwaltschaft übergeben. Aus ähnlichem Anlaß wurden in Eppingen, W. Rottweil, zwei Kontrollbeamte der Fleischversorgungsstelle von Arbeitern des dortigen Sipawerkes schwer mißhandelt und des Anordnungs verfolgt. Darauf traten die Arbeiter in den Streik.

Württemberg.

(-) **Stuttgart, 10. April.** Landesversammlung. (Mtg.) Die Landesversammlung wird am 14. April nachmittags 4 Uhr, zu einer Sitzung zusammenkommen. Nach den Feiertagen soll mit der Beratung des Verfassungsgegesetzes begonnen werden.

(-) **Stuttgart, 10. April.** Stadthaus. Der Voranschlag für den Stadthaushaushalt Stuttgart für 1919 erreicht in den ordentlichen Ausgaben eine Höhe von rund 87 Millionen Mk., denen Einnahmen in Höhe von rund 55 1/2 Millionen gegenüberstehen. Der Abmangel von 31 1/2 Millionen (über 22 1/2 Millionen mehr als Umlage von 7 auf 9 1/2 Prozent und der Gemeindecinkommensteuer von 50 auf 93 1/2 Prozent der staatlichen Einheitsätze gedeckt werden. Unter den außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 25 741 600 Mk. ist der Betrag von 11 500 000 Mk. für den Bau von Rot- und Kleinwohnungen vorgesehen.

(-) **Ettlingen, 10. April.** (Fortsetzung des Streiks.) Ein Teil der Arbeiterschaft der Maschinenfabrik Ettlingen, Werk Metzingen, hat die Stilllegung des Werks bewirkt. Die Streikenden verlangen u. a. die Bezahlung der Streiktage.

(-) **Schwenningen, 10. April.** (Verletzung der Pressefreiheit.) Wegen Veröffentlichung eines Artikels des Arbeitgeberverbands über Lohnbewegung in der hiesigen Uhrenindustrie wurde der Redakteur Seiz der Zeitung „Die Neckarquelle“ von einer demonstrierenden Menge schwer mißhandelt. Außerdem wurde bei Veröffentlichung weiterer derartiger Artikel mit Zerschlagung der Druckerei gedroht.

(-) **Navensburg, 10. April.** (Raubmord.) Auf dem Fußweg am Klappbachweiher wurde ein gut gekleideter Leichnam gefunden. Der Ermordete, der Stallwächter Burkhard Betz aus Grabs (Voralberg), ist wahrscheinlich an den einsamen Weg gelockt worden. Dem Befund nach hat ein Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer stattgefunden. Der Tote war aller seiner Wertgegenstände beraubt.

(-) **Vom Bodensee, 10. April.** (Mißglückter Beldschmuggel.) Aus dem Gebäude der Stromerischen Fabrik in Konstanz wurde in der Nacht ein Paket an einer Schnur herabgelassen. In dem geheimnisvollen Paket, das über die Grenze geschmuggelt werden sollte, befanden sich wohlverwahrt 146 700 Mk. in Wertpapieren aller Art. Der Grenzschuttposten am Rhein nahm das Paket an sich und lieferte es ab. 10 Prozent der erwischten Summe, also 14 670 Mk., erhielt der wachsame Soldat zum Lohn. Der Schmuggler selbst konnte bisher nicht festgestellt werden.

(-) **Ulm, 10. April.** (Gewerbebeschule.) An der Ulmer städtischen Gewerbebeschule ist nunmehr für alle Handwerkerberufe der Werkstattunterricht eingeführt.

(-) **Rottensburg, 10. April.** (Hopfenbau.) Unter dem Vorsitz des Stadtrats Edelmann fand die Frühlingsversammlung des Hopfenbauvereins für den Schwarzwaldkreis hier statt. Nach dem von Oberjustizrat Zehle erstatteten Bericht steht auch dieser kein glänzendes Hopfenjahr in Aussicht. Der Hopfenbau ging, wie wir der „Rottensburger Ztg.“ entnehmen, in den Bezirken Ulbingen, Herrenberg, Rottensburg und Horb in den Kriegsjahren schrittweise zurück. An seine Stelle trat vermehrt Getreidebau. Die Preise erlitten in den ersten Kriegsjahren schädliche Einbuße. Und die höheren Preise, die zurzeit begehrt werden, kommen nur einer kleinen Minderheit zugute, weil im Jahr 1918 eine Missernte zu verzeichnen war. Es empfiehlt sich, die Erzeugnisse aus den früheren Ernten bei der jetzigen günstigen Konjunktur abzuführen. Von der letzten Ernte wurden aus dem Bezirk Rottensburg 301 Ztr. ausgeführt, der geringste Export, seit der Hopfenbau besteht. In früheren guten Jahren wurden aus dem Bezirk bis zu 16 000 Ztr. ausgeführt. Nach dem von Stadtschultheiß Winkhofer erstatteten Rat soll niemand Auenjungen Hopfengärten, wenn dieser auf gutem Boden steht, herauskaufen.

Zum Frauenstimmrecht.

Von Elise Eberhardt-Stuttgart.

Wenn man sich der Erörterungen erinnert, die die Eingaben der württ. Frauenvereine im Frühjahr des vergangenen Jahres, die um die Erteilung des Gemeindevahlrechts an die Frauen nachjuchten, in der Presse nicht sonst in der Öffentlichkeit ausgeführt haben, wenn man sich die Abfuhr vergegenwärtigt, welche diese Eingaben im staatsrechtlichen Ausschuss des alten württ. Landtags erfahren haben, dann entbehrt es nicht eines

gewissen bitteren Humors, daß jetzt ausnahmslos sämtliche Parteien gegen die Gewährung des so viel weitergehenden politischen Frauenwahlrechts schlechterdings nichts mehr einzuwenden haben, welche Auffassung auch bei den Beratungen über das Gemeindevahlrecht in erfreulicher Einmütigkeit zum Ausdruck kam. In den politisch hochgehenden Tagen der Revolutionswochen und der Wahlbewegung scheinen alle Gegeneinwände untergegangen zu sein. Daß dies doch nicht ganz zutrifft, beweisen die schüchternen Versuche, die sich jetzt wieder langsam aus Tageslicht wagen. Merkwürdigerweise stammen diese Versuche nicht aus Männerkreisen, wohl von der richtigen Erwägung ausgehend, daß die Gegnerschaft an den eigenen Reihen wohl überzeugender wirkt.

Bezeichnend hierfür ist eine Eingabe an die Nationalversammlung, die gegenwärtig die Kunde durch die Blätter macht und für welche eine Frau Hauptmann March, Charlottenburg verantwortlich zeichnet. Diese Eingabe operiert zu sehr mit den Schlagworten der ehemaligen „Antis“, als daß sie ihre Herkunft verleugnen könnte. Ihr Inhalt bezweckt, die Frauen von dem „unerbetteten Geschenk“ der Revolution wieder zu befreien und begründet dies damit, daß zur Erlangung aller Rechte, deren sich die Frauen erfreuen oder die ihnen sonst noch erstrebenswert dünken, sie weder des Stimmzettels bedürften noch bedürften. Daß die Petentinnen durch das Frauenstimmrecht die „höchsten und heiligsten Güter“ in Besitz sehen, wundert einen in diesem Zusammenhang nicht.

Man könnte, wie dies die Nationalversammlung vermutlich tun wird, über die mehr als eigentümliche Art, wie sich in diesen Köpfen die Welt malt, ruhig zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht um der Zusammenhänge willen, die die Kreise der „Antis“ mit denen gewisser Parteien verbinden, das Tiefhängen angebrachte wäre.

Die Gestaltung unseres öffentlichen Lebens, dessen Pendel zurzeit stark nach links ausschlägt, bietet noch keine Gewähr, daß eine Reaktion unbedingt ausgleichend ist. Daß diese, einmal zur Macht gelangt, zuerst die Frauen wieder in die Kinderstube schieben wird, darüber dürfte wohl kein Zweifel bestehen. Die Stärkung der Mittelpartei nur kann unser Staatsleben wieder in ruhige Bahnen führen und aus den Wirren des Tages einen Ausweg finden lassen. Die Mittelpartei ist es auch, die im Gegensatz zur Rechten die Forderung des Frauenstimmrechts in ihrem Programm fest verankert hat und für dessen Verwirklichung einsteht.

Die Frauen haben daher zwei gewichtige Gründe, für die Bestärkung der Mittelpartei, der Deutschen demokratischen Partei, die in ihrem Programm niedergelegt ist, einzustehen und für ihre Weiterverbreitung zu werken:

die baldige und gesicherte Wiederaufrichtung der Ordnung im Innern und die Festhaltung an der politischen Gleichberechtigung der Frau!

D.P.C.



Das Schloss des ehemaligen Königs Friedrich August von Sachsen in der Seestraße in Leipzig ist als Messkaufhaus verpachtet worden.

— **Teures Mehl.** Das aus dem Anstand bezogene Mehl soll, wie man hört, zu Echern zur ersten Ausgabe gelangen. Das ist erst endlich. Weniger erfreulich ist dagegen, daß für das Mehl, wofür das Reich etwa 1,05 Mk. zu bezahlen hat, vom Reichsernährungsamt ein Preis von 2 Mark für das Fund festgesetzt sein soll. Es wird vielen schwer, wenn nicht unmöglich werden, zu diesem Preis an der Ernährungserleichterung, die do- allen zugute kommen sollte, teilzunehmen. Außerdem wird durch eine solch übermäßige Preisfestsetzung dem rechtlichen Schleichhandel geradezu Vorschub geleistet, während ein mäßiger Verkaufspreis wohl infolge derer wesen wäre, dem Schleichhandel mehr auf den Leib zu rücken, als alle Vorschriften, Verbote und Strafen miteinander.

Volkszählung. Nach der Volkszählung von 1. Dezember 1910 lebten im Deutschen Reich 64 925 993 Personen; am 5. Dezember 1917, der nächsten Aufnahme, wurden 62 615 275 gezählt. Die männliche Bevölkerung betrug 1910 32 040 190, die weibliche 32 885 807 Personen (mehr weibliche 845 611). 1917 27 756 6 männliche, 34 8 067 weibliche (mehr 7 102 067). Inzwischen sind nun bis zu 300 000 Kriegsverlangene fast alle Truppen zurückgekehrt, wovon über 3 Millionen. Die Kriegsergebnisse haben aber den Ueberschuß der weiblichen Bevölkerung über die männliche doch noch immerhin gewaltig gestrigert.

Die gestern abend im Schwarzwaldhotel einberufene Wahlversammlung war schwach besucht. Herr Buchdrucker Flum als Einberufer wollte hiermit bezwecken, den von der Sozialdemokratie aufgestellten Wahlzettel zur Gemeinderatswahl zur Hälfte mit bürgerlichen Kandidaten zu mischen. Durch den Widerspruch der anwesenden Sozialdemokraten, welche auf ihren Vorschlag bestanden, und nach heftiger Gegenrede des Lokalvertreter, scheiterte das Unternehmen des Herrn Flum.



ihnen auferlegten Verpflichtung, Honig zu erschwinglichen Preisen in den Verkauf zu bringen, keine Rede ist. Tatsächlich stellt sich auch die selbsteingelohnte Marmelade nicht teurer als die gekaufte, dagegen ist sie sicher noch schmeckender und nahrhafter als diese. Uebrigens sind die von den Fabriken verwendeten Streck- und Verbilligungsmittel nachgerade auch den Hausfrauen geläufig. Aus all diesen Gründen können wir daher nicht einsehen, worin in der Eingabe der demokratischen Frauen eine Benachteiligung der Minderbemittelten liegen könnte. Das Verlangen nach „freier Wirtschaft“ sollte in diesem bescheidenen Umfange doch auch der „Hauswirtschaft“ zugestanden werden.

Handel und Verkehr.

Kurzer Wochenbericht

der Preisberichte des Deutschen Landwirtschaftsvereins vom 1. bis 7. April 1919.

Abbau der Zwangsirtschaft. — Weltmarkt.

Wie aus verschiedenen Meldungen hervorgeht, scheinen sich die überall herrschenden Bestrebungen nach Beilegung oder Lockerung der Zwangsirtschaft allmählich durchzusetzen. Bereits seit dem 10. März ist in der Schweiz die Verbrauchsregelung sowie die Ablieferungspflicht für Kartoffeln aufgehoben, zunächst allerdings unter Beibehaltung der Höchstpreise. In Schweden wird mit dem Abbau der Rationierung einschließlich des Brotkartensystems im Juni begonnen werden, während die Abschaffung der zentralen Bewirtschaftung in Deutsch-Oesterreich für den 1. Juli in Aussicht genommen worden ist. Inzwischen hat die Kommission für die Weizenversorgung alle Einschränkungen im Handel mit Getreide und Getreideerzeugnissen nach Holland, Dänemark, Finnland, der Schweiz, Spanien und Portugal aufgehoben.

Angesichts der nunmehr in Gang kommenden Einfuhr beginnt man den Verhältnissen des Weltmarktes wieder erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Die bedeutend erweiterten Anbauflächen in Verbindung mit der bisher als günstig geschätzten Ueberwinterung der Saaten lassen in den Vereinigten Staaten eine außerordentliche Ernte erhoffen. Dazu kommt, daß infolge vorzeitiger Witterung auch in den Frühjahrsweizengebieten mit einer starken Vermehrung des Anbaues gerechnet wird. Erfüllen sich die Erwartungen, dann dürfte es den Vereinigten Staaten nicht schwer fallen, aus ihrer nächsten Ernte den gesamten westeuropäischen Einfuhrbedarf zu befriedigen. Für März ist die Tendenz weiter fest geblieben und die Preise haben angesichts der andauernden Unzufriedenheit der großen Marktanstalten neuerdings angezogen. Argentinien behält, abgesehen in Erwartung deutscher Bedarfsanträge, gleichfalls feste Tendenz. Der Weizenexport war mit 18.800 T. zwar etwas größer als in der Vormwoche, für die letzte Zeit aber immer noch ungewöhnlich gering. Aus Indien liegen neuerdings sehr ungünstige Nachrichten vor; infolge ungenügender Regenfälle dürfte die Reisernte einen Minderertrag von 34 v. H. gegenüber dem Vorjahre aufweisen. Voraussichtlich wird ein Teil der australischen Weizenexporte zur Versorgung Indiens herangezogen werden müssen.

Bienenzucht.

Bienenfütterung im Frühjahr.

(Nahrung verboten.) Eine Frühjahrsfütterung sollte es eigentlich nicht geben. Im Herbst mußte jeder vorsorgliche Bienenvater seinen Bienen so viel Honig belassen, daß sie damit reichlich in die Volltracht des nächsten Jahres kommen können.

Aber der Winterwinter ist lang, dauert oft bis in den Mai hinein, ist unberechenbar in seinen Gängen, und manchmal ist der Sommer für unsere Bienen ein recht schmaler Kuchenmeister, so daß es oft dem rührigsten Wästel nicht möglich ist, trotz des größten Fleißes den Wintervorrat einzutragen oder gar noch auf Vorhub zu arbeiten. Da muß dann freilich des Imkers Hilfe rechtzeitig einsehen. Wenn nicht die ganze Bienenzucht den Krebsgang nehmen soll. Immerhin erachten wir es auch in mageren Jahren als einen Akt weiser Vorsicht, den Winterbedarf schon im Herbst zu geben. Die Bienen sind doch keine Schlemmer, die desto mehr zehren, je reichlicher ihnen gegeben wird. Wo aber auch hierin Unterlassungsünden das Gewissen mahnen, da säume man doch in den ersten Jahresmonaten nicht, rechtzeitig Hilfe zu bringen, wo es not tut. Die Bienen melden ihren Hunger durch sehr starkes Brausen, durch viele Abflüge auch bei kaltem Wetter und ferner dadurch, daß sie im Stadium der höchsten Not die angelegte nackte Brut aus den Zellen ziehen, die Weichteile derselben ausaugen und die chitinartigen Reste auf das Bodennetz werfen. Wenn wir solche Zeichen wahrnehmen, dann muß Hilfe sofort einsehen, sonst ist das Volk innerhalb 24 Stunden verhungert. So weit sollte man es aber gar nicht erst kommen lassen. An einem milden Tage nehmen wir das Füllmaterial aus den Beuten und versehen uns die letzte und, wenn notwendig, auch die vorletzte Wabe am Fenster. Befindet sich dort noch verbedelter Honig, so hat's gute Wege; das Volk braucht nicht weiter gestört zu werden. Wenn aber die Bienen anfangen, den Honig zu entdecken und nach vorne zum Brutlager zu tragen, so säume man nicht, seine Pflicht zu tun.

Jedes Frühjahr machen wir die höchst unangenehme Erfahrung, daß unvorsichtige Imker ganz Bündel von aufgebäumten Salweiden abzweigen und den Bienen in den Stand legen. Zum ersten ist es schade um die große Verschwendung der Natur, und dann muß doch jeder Bienenzüchter die Erfahrung machen, daß die Bienen an solch weltende Nischen nur widerwillig in den meisten Fällen gar nicht herangehen. Wer mit solch kleinen Mitteln die Bienenzucht heben will, magt den Hof zum Gärtner.

Bugenspinner.

So nennt man zwei verschiedene Arten von Raubschmetterlingen. Die eine Art ist ein kleiner Spinner mit graubraunen Vorderflügeln, die mit weißen Streifen und ebensolchen Binden geziert sind. Die Hinterflügel sind von hellerer Färbung. Die dichtbehaarte, schwefelgelbe Raupe trägt hinter dem Hals drei steife Borstenpinne auf schwarzen Spiegeln, außerdem auf dem hinteren Ringe einen langen Haarpinne von roter Farbe. Der Spinner ist auch unter dem Namen „Kopfschwanz“ oder „Kopfhänger“ bekannt. Die Raupe bereitet oft in Walungen arge Verwüstungen.

Der weit größere Gabel-Buchenspinner hat mit Zickzacklinien geschmückte Flügel von bräunlicher Farbe. Die Raupe desselben zeichnet sich vor anderen durch ihre eigenartige Gestalt und Haltung aus. Sie hat wie die Spinnerin echte Vorderfüße, die bei augerichtem Körper vorgestreckt werden. Das breite, schildförmige Hinterende ist mit zwei stabförmigen Anhängen ausgerüstet und wird fast senkrecht in die Höhe gerichtet. Die sehr blasse Raupe lebt auf Buchen, Birken, Eichen, Erlen, Linden

und Hainb. Sie fällt nicht nur andere Raupenarten, sondern sogar die ihrer eigenen Art an mit einer Brut, daß man sie immer nur allein in einem Behälter aufzucht kann.



1) Schmetterling 2) Raupe 3) Puppe

RASCH und SPARSAM

baut man nach der **AMBI-Bauweise**. Rohstoffe überall erreichbar. Dach-Ziegel durch die **AMBI-Dachstein-Maschine** für Handbetrieb

Anfragen an: **AMBI, Abt. II K** Charlottenburg 9

Goldene Medaille u. Silberner Staatspreis 1919 Reichsverband für sparsame Bauweise

Druck und Verleger D. Hofmann'schen Buchverlag in Wildbad. Verantwortlich: G. Reinhardt, Wildbad.

Größtes Photohaus für Liebhaber-Photographie!
Photo-Apparate
Photo-Platten
Photo-Films
Photo-Filmpacks
Photo-Papiere
Photo-Chemikalien
Photo-Hilfsbücher usw.
zu Original-Fabrikpreisen.

Entwickeln und Copieren von Films und Platten durch fachmännische Hand in bester Ausführung.

C. Schmid und Sohn,

Damen- u. Herrenrisseure,
Parfümerie Sportgeschäft,
Photo-Handlung,
neben Hotel Deutscher Hof.

Wir machen noch ganz speziell auf unsere leistungsfähigen Preise aufmerksam dieselben sind von dem neuen Aufschlag von 40 Prozent nicht berührt.

Zum Verkauf landwirtschaftl. Maschinen
wird für jed. Bezirk tüchtiger **Vertreter** gesucht.

Erforderl. Betriebskapital ca. M. 2000.
Gef. Off. erb. a. b. Gg. v. Bl.

[286]

Markenfrei Ia. Marmelade
und verschiedene **Suppenmehle**, jedes Quantum, einsteht, solange Vorrat reicht,
Robert Treiber.

Wildbad, den 11. April 1919.

Statt jeder besonderen Anzeige.



TODES-ANZEIGE.

Gestern abend ist unsere liebe, gute Mutter

Frau

Marie Pfeiffer,
geb. Dietrich,

nach langem sehr schwerem und mit größter Geduld ertragenem Leiden, in die ewige Heimat abgerufen worden.

In tiefer Trauer:

C. F. Pfeiffer,
mit Familie.

Von Trauerbesuchen bittet man Abstand nehmen zu wollen.

Beerdigung: Sonntag, 13. April, nachmittags 3 Uhr.

Flachs-Samen

frisch eingetroffen.
Grundbesitzer Nachf.,
H. u. M. Schmit,
Red. Drogen u. Photo-Gesch.

Zimmermädchen

Auf sofort oder 1. Mai gesucht.
Frau **H. Tempmann**
Höfen a. d. Enz.

Ein starker Morgen Wiese

mit Baumland unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Näheres unter N. 4000, in der Exped. des Blattes.

Zimmer

mit 2 Betten und 1½ g. Legenheit von schwäb. Ehepaar Anfang Juni gesucht. Preisangebot erbittet
Hart, Henkolln,
Rohrstr. 61.

Lieder-kranz Wildbad.

Samstag nachm. 1/2 8 Uhr
Löwenbergstraße,
Reichengasthof,
Abends 8 Uhr
Probe

im Lokal.
Vollständiges Erscheinen dringend nötig.

Zu verkaufen
ein stabiles doppeltes **Schneer-Tor**
(Größe 2.40 Br. 8.00 hoch)
und eine eiserne **Haustüre**.
Näheres in der Exped. [289]

Zu kaufen gesucht: Einfamilien-Haus

mit Garten,
beziehbare frühestens bis 1. Okt. ds. J.

Anträge für den auswärtigen Auftraggeber nimmt entgegen
H. Gähler, Parkolla.

Tüchtige Vertreter

für technische Teile und Getriebe gesucht. Herren, die bei Industrie und Landwirtschaft auf eingeführt sind wollen Offert einreichen an
G. Schilling, Ludwigsburg
Römerstr. 21.